



Einsatz für Frieden und Verständigung

Der Zivile Friedensdienst in Peru

2000-2017

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Abkürzungen | 3 |
| Vorwort | 4 |
| Der Zivile Friedensdienst: Konflikte gewaltfrei bearbeiten | 5 |
| Die GIZ entsendet ZFD-Fachkräfte in 20 Länder | 6 |
| Friedensarbeit in Peru | 8 |
| Perus langer Weg zum Frieden | 9 |
| Der bewaffnete Konflikt wirkt bis heute nach | 11 |
| Ringens um Ressourcen und eine intakte Umwelt | 12 |
| Soziale Ungleichheit schürt Konflikte | 13 |
| Friedensarbeit mit Methode | 14 |
| Die Rechte der Opfer und die Pflichten des peruanischen Staates | 15 |
| Gemeinsam zum Ziel | 18 |
| Teamarbeit mit lokalen Partnern | 20 |
| Erreichtes: Aus der Vergangenheit lernen, die Zukunft gestalten | 23 |
| Wasserkonflikte: Verständigung erfordert Respekt | 24 |
| Konfliktmanagement: Ein Anlaufpunkt für Streitende | 25 |
| Psychoziale Unterstützung: Hilfe in belastenden Situationen | 26 |
| Gedenkstätte „La Hoyada“: Ein Ort der Erinnerung | 28 |
| Erkenntnisse: Ausdauer und Mut zahlen sich aus | 31 |
| Vergeben bedeutet nicht Vergessen | 32 |
| Konfliktsensibler Journalismus stärkt den Frieden | 35 |
| Wie Nachbarn wieder zueinander finden | 38 |
| Praxistipps für ZFD-Programme | 45 |
| Auswahl der Partnerorganisationen | 46 |
| Kooperation mit Partnerorganisationen | 46 |
| Besonderheiten in der Zusammenarbeit mit staatlichen Partnern | 47 |
| Besonderheiten in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern | 47 |
| Zusammenarbeit der ZFD-Teams | 47 |

Abkürzungen

| | |
|----------------|--|
| ANFASEP | Asociación Nacional de Familiares de Secuestrados, Detenidos y Desaparecido del Perú |
| APP | Apoyo para la Paz |
| BMZ | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| CNDDHH | Coordinadora Nacional de Derechos Humanos |
| GAPSA | Grupo Acompañamiento Psicosocial de Ayacucho |
| GIZ | Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH |
| IEP | Instituto de Estudios Peruanos |
| IPROGA | Instituto de Promoción para la Gestión del Agua |
| IRAGER | Instituto Regional de Apoyo a la Gestión de los Recursos Hídricos |
| ZFD | Ziviler Friedensdienst |

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

17 Jahre engagierte sich der Zivile Friedensdienst der GIZ in Peru. Insgesamt 18 internationale ZFD-Fachkräfte unterstützten zwischen 2000 und 2017 mehr als 20 lokale, sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Partner in ihren Bemühungen um gewaltfreie Konfliktbearbeitung, Gerechtigkeit und ein friedliches Zusammenleben. 2017 beendete der ZFD sein Engagement in Peru.

Begonnen hatte der ZFD seine Arbeit vor dem Hintergrund des 20 Jahre andauernden internen Gewaltkonflikts (1980 bis 2000), dem vor allem die ländliche, Quechua sprechende Zivilbevölkerung zum Opfer gefallen war. Rund 70.000 Todesopfer, zahlreiche Binnenflüchtlinge und traumatisierte Menschen sowie ein auf allen Ebenen geschwächter (Rechts-)Staat waren am Ende des Konfliktes zu beklagen. Der ZFD förderte die Aufarbeitung dieser gewaltvollen Vergangenheit. Ab 2009 erweiterte er sein Engagement auf die gewaltfreie Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten. Bereits seit den 1990er Jahren waren die Exporte aus Bergbau-, Erdöl- und Erdgassektor drastisch angestiegen – und mit ihnen die Auseinandersetzungen um Land und Ressourcen, die immer häufiger gewaltsam ausgetragen wurden.

Der ZFD unterstützte Akteure auf allen Ebenen. Er stärkte deren Fähigkeiten für eine gewaltfreie Konfliktbearbeitung, brachte sie miteinander in Dialog und vernetzte sie: Vom Justizministerium in Lima über den nationalen Reparationsrat, drei regionale Büros der Ombudsbehörde für Menschenrechte, national agierende Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Selbsthilfeorganisationen in Ayacucho.

Sein Ziel war es, nachhaltige Veränderungen von Verhalten und Einstellungen sowie von Strukturen für gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu bewirken. Bestenfalls haben wir uns überflüssig gemacht und unsere Partner ausreichend gestärkt, ihr Engagement für Frieden und Gerechtigkeit ohne externe Unterstützung fortzuführen.

Die vorliegende Publikation schaut zurück und nimmt dabei insbesondere die letzten acht Jahre des ZFD-Engagements in den Blick: Was haben wir gemeinsam mit unseren Partnern erreicht? Welche Veränderungen konnten wir bewirken? Was haben wir gelernt und was können wir weitergeben? Was bleibt?

Wir laden Sie herzlich ein, auf eine Reise durch die Erfahrungen des ZFD-Programms in Peru.

Wir danken all unseren peruanischen und internationalen ZFD-Fachkräften sowie unseren peruanischen Partnern, die mit ihrem umfangreichen Wissen und ihren Erfahrungen das ZFD-Programm gestaltet und zu seinen Wirkungen beigetragen haben. Unser Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen, die hinter der Bühne, in Peru und Deutschland, für die administrative Umsetzung des Programms gesorgt haben. Ein ganz besonderer Dank gilt unserer ZFD-Programmkoordinatorin Regina Paetow, die entscheidend zum Inhalt dieser Publikation beigetragen hat.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme und inspirierende Lektüre.

Romy Stanzel

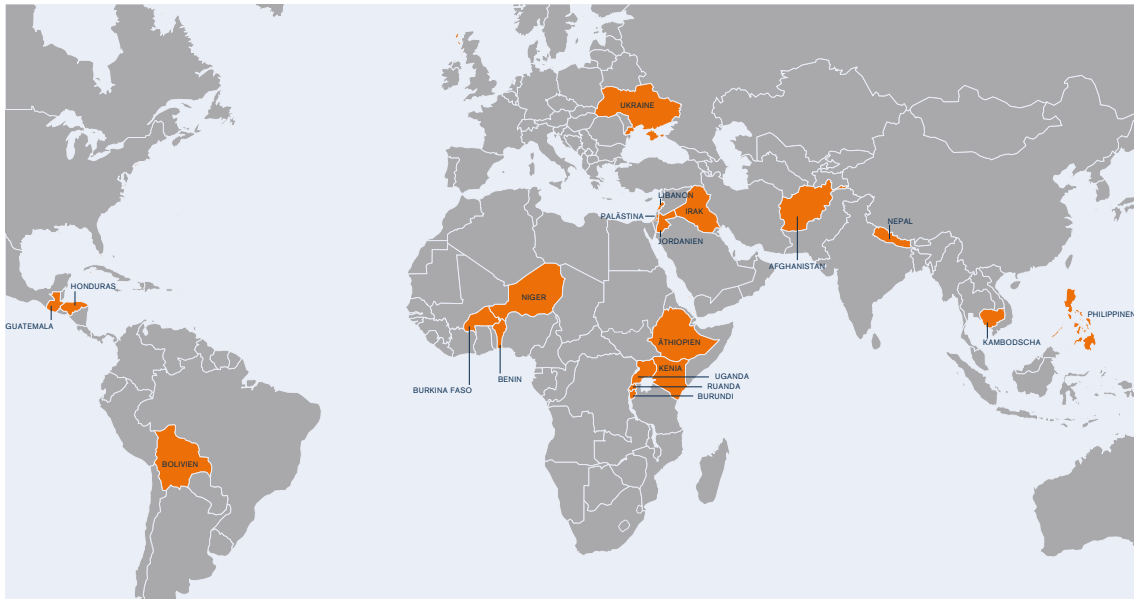
Senior-Projektmanagerin ZFD Bonn

Der Zivile Friedensdienst: Konflikte gewaltfrei bearbeiten



Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein globales Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen. Er setzt sich für eine Welt ein, in der Konflikte ohne Gewalt geregelt werden.

Neun deutsche Friedens- und Entwicklungsorganisationen führen den ZFD gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen durch. Der ZFD wird von der Bundesregierung gefördert. Fachkräfte des ZFD unterstützen Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden. Ende 2017 arbeiten mehr als 300 internationale ZFD-Fachkräfte in 44 Ländern.



Die GIZ entsendet ZFD-Fachkräfte in 20 Länder

Als einziger staatlicher Träger beteiligt sich die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in rund 20 Ländern* mit etwa 100 internationalen und ebenso vielen lokalen Fachkräften am ZFD. Finanziert wird der ZFD vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Der ZFD unterstützt lokale Partner in ihrem Engagement für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. Durch Begleitung und Fortbildung stärkt er die Kompetenzen der lokalen Partner. Eigene Projekte führt der ZFD nicht durch.

Der ZFD der GIZ setzt vor allem dort an, wo Deutschland vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte von der internationalen Gemeinschaft als authentisch wahrgenommen wird: Bei der Aufarbeitung von Vergangenheit, der Begleitung von Dialogprozessen und der Förderung der Menschenrechte.

Indem der ZFD der GIZ die verschiedenen Akteure miteinander in Dialog bringt und vernetzt, übernimmt er eine Brückenfunktion zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

* ZFD-Programme der GIZ gibt es in: Äthiopien, Afghanistan, Bolivien, Ruanda, Burundi, Guatemala, Kambodscha, Kenia, Libanon, Nepal, Niger, Benin, Burkina Faso, Palästina, Philippinen, Uganda, Jordanien, Ukraine, Honduras, Irak (Stand Januar 2018).



Das soziale Leben in Peru wird von Konflikten überschattet. Der ZFD will vermitteln.

Friedensarbeit in Peru

In Peru engagierte sich der ZFD der GIZ bereits seit dem Jahr 2000 in verschiedenen Bereichen. Das in dieser Publikation beschriebene Programm wurde 2009 entwickelt und von 2010 bis 2017 umgesetzt. Insgesamt waren für den ZFD 18 Fachkräfte in Peru im Einsatz.

Der ZFD stärkte Ansätze zur gesellschaftlichen Versöhnung und zum konstruktiven Umgang mit Konflikten. Zwei Themen standen im Mittelpunkt der Arbeit: Die gesellschaftliche Aufarbeitung der jüngsten Geschichte Perus, die von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen geprägt ist, und die Stärkung von Institutionen, die sich für eine gewaltfreie Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten einsetzen.

Um den Rahmen für Verständigung und einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zu schaffen, setzte der ZFD an mehreren Punkten an: Er organisierte geschützte, regelmäßige und strukturierte Austauschmöglichkeiten für die verschiedenen Interessensgruppen und baute Anlaufstellen auf, an die sich Menschen wenden können, die ihre Rechte verletzt sehen, sich angegriffen fühlen oder Vermittlung in einem Streit suchen. Parallel dazu schulten die ZFD-Fachkräfte staatliche und zivilgesellschaftliche Partner in Methoden und Strategien gewaltfreier Konfliktbearbeitung, etwa in konstruktiven Dialogtechniken, Strategien zur Gewaltprävention, Mediation und in der psychosozialen Begleitung von Gewaltopfern. Seminare für Medienschaffende und Journalistenausbilderinnen und -ausbilder stellten die konfliktsensible, objektive Berichterstattung in den Mittelpunkt, damit Medien nicht Partei in Konflikten ergreifen und erst recht nicht Auseinandersetzungen anstacheln.

Der ZFD brachte darüber hinaus Gruppen, Institutionen und Regierungsstellen zusammen, die sich für die Aufarbeitung der Vergangenheit und Aussöhnung engagieren und vernetzte sie untereinander. So trug er unter anderem dazu bei, dass neue, regionale Friedens-Netzwerke entstanden und gemeinsame Aktionen planen.

Die Zugehörigkeit zur GIZ als international bekannte Organisation erwies sich als Hilfe beim Knüpfen regionaler Kontakte. Zu den ZFD-Partnerorganisationen in Peru gehörten die Regionalstellen der peruanischen Ombudsbehörde in Apurimac, Cusco und Puno, die Regionalregierung von Ayacucho, die Nationale Menschenrechtskoordination und das Institut für peruanische Studien sowie zivilgesellschaftliche Netzwerke, Organisationen und Vereinigungen von Opfern des bewaffneten internen Konflikts in Ayacucho, die sich für eine nachhaltige Friedenskultur engagieren.



Angehörige von Opfern demonstrieren für die Anerkennung ihrer Verluste.

Perus langer Weg zum Frieden

Der Andenstaat entwickelt sich politisch und wirtschaftlich positiv. Doch die langen Jahre des bewaffneten Konflikts und der Repression sind ein schweres Erbe.

Reformen haben Peru auf den Weg in Richtung Demokratie und Aufschwung geführt. Seit rund 15 Jahren erlebt das Land im westlichen Südamerika eine positive Entwicklung. Für das vergangene Jahrzehnt weist Peru das höchste Pro-Kopf Wachstum in Lateinamerika auf. Lebten 2004 noch mehr als die Hälfte der etwa 32 Millionen Peruaner und Peruanerinnen unterhalb der nationalen Armutsgrenze, gilt heute nur noch knapp ein Viertel der Bevölkerung als arm.

Geprägt ist das Land aber auch heute noch von den politischen Konflikten der vergangenen 50 Jahre. In den 1970er und 1980er Jahren litt Peru unter dem politischen und wirtschaftlichen Scheitern linksreformerischer Regierungen. Ab 1990 führte der damalige Präsident Alberto Fujimori zehn Jahre lang ein autoritäres und repressives Regime.

Auch wenn sich Peru seither auf dem Weg zu einem modernen Staat befindet, sind nicht alle Probleme gelöst: In der Justiz und in anderen staatlichen Institutionen ist Korruption weit verbreitet und nimmt sogar zu. Das staatliche Gewaltmonopol ist den Angriffen der Drogenmafia ausgesetzt, die beträchtlichen Einfluss auf die wirtschaftliche und politische Elite des Landes nimmt.

Großes Konfliktpotenzial liegt in der sozialen Ungleichheit. Denn vom Wirtschaftswachstum profitiert hauptsächlich die Bevölkerung im Großraum Lima und in anderen städtischen Ballungsräumen. Die Menschen in den ländlichen Landesteilen, vor allem in den Hochanden und Urwaldregionen, sind vom Aufschwung abgeschnitten. Und weil gerade in den entlegenen Regionen staatliche Stellen kaum Präsenz zeigen und wenig für die Menschen dort tun, kommt es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.



Während des bewaffneten Konflikts verschwanden viele Menschen. Ihre Familien wollen ihr Schicksal aufdecken.



Gerade auf dem Land leben viele Menschen in Armut. Der Aufschwung kommt bei ihnen nicht an



Die Erinnerung an die Opfer
der Kriegszeiten will nicht
jeder wach halten.
Das führt zu Konflikten.

Der bewaffnete Konflikt wirkt bis heute nach

Die Gewalterfahrungen der Vergangenheit beherrschen die politischen und sozialen Konflikte Perus bis zum heutigen Tag. Ab Beginn der 1980er Jahre lieferte sich die Guerillagruppe „Leuchtender Pfad“ fast 20 Jahre lang brutale Gefechte mit den Sicherheitskräften des Staates. Der blutige Konflikt forderte mehr als 70.000 Menschenleben. Tausende wurden vertrieben oder verschwanden.

Massive Menschenrechtsverletzungen bei pauschalen Vergeltungsaktionen gegen die Aufständischen und ihre vermeintlichen Unterstützer in der Zivilbevölkerung haben das Vertrauen der Menschen in den Staat zutiefst erschüttert. Weite Teile der peruanischen Bevölkerung leiden noch immer unter den traumatischen Erlebnissen der Vergangenheit. Innerfamiliäre Gewalt und Alkoholismus sind verbreitet.

Im Jahre 2001 setzte die damalige Regierung eine Kommission für Wahrheit und Versöhnung ein, um Licht in dieses dunkle Kapitel der peruanischen Geschichte zu bringen. Die Kommission ermittelte Opferzahlen, gab Empfehlungen zur gerichtlichen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, zur Entschädigung der Opfer und zu strukturellen Reformen bei Streitkräften, Polizei und Justiz.

Seit 2003 liegt der Abschlussbericht der Wahrheitskommission vor. Doch bewegt hat sich seither nur wenig: Die zentralen Empfehlungen der Kommission werden nur schleppend umgesetzt. Das sorgt insbesondere bei der betroffenen Bevölkerung, bei Opfervereinigungen und Angehörigen der Verschwundenen und Toten für Frustration und Unzufriedenheit.

IN AYACUCHO LEBEN TÄTER UND OPFER TÜR AN TÜR

Die Wunden sind noch nicht verheilt: Auch wenn zwei bis drei Jahrzehnte seit dem bewaffneten internen Konflikt in Peru vergangen sind, ist das Misstrauen zwischen den ehemaligen Kontrahenten groß. In den 1980er und 1990er Jahren bekämpften sich in Peru vor allem die maoistische Gruppe Sendero Luminoso („Leuchtender Pfad“) und staatliche Polizei- und Militäreinheiten.

Ausgangspunkt und Zentrum der Guerillabewegung – und damit auch der bewaffneten Auseinandersetzungen – war die Region Ayacucho. Wie die peruanische Wahrheits- und Versöhnungskommission berichtet, hat das Gebiet mit Abstand die meisten Opfer zu beklagen: 40 Prozent der Toten, Vermissten und Vertriebenen des Konflikts stammen von dort. Die Opfer sind meist Angehörige der indigenen ländlichen Bevölkerung.

Zwischen Tätern und Opfern zu unterscheiden, ist kaum möglich. Mancher wechselte unter Zwang oder aus eigenem Antrieb im Verlauf des Krieges die Seiten. Sowohl der „Leuchtende Pfad“ als auch die staatlichen Kräfte verübten Massaker an der Zivilbevölkerung.

Ehemalige Feinde wohnen heute Tür an Tür. Tief sitzt das Misstrauen nicht nur gegenüber den Nachbarn, sondern auch dem Staat gegenüber, der sich bislang nicht entschlossen genug für die Versöhnung und eine Entschädigung der Opfer eingesetzt hat.

Ringen um Ressourcen und eine intakte Umwelt

Konflikte um natürliche Ressourcen, insbesondere in den Hochandenregionen, belasten das politische und soziale Klima in Peru. Hier prallen die Interessen einer boomenden Minenwirtschaft - Peru zählt weltweit zu den wichtigsten Produzenten von Kupfer, Gold, Silber, Blei und Zinn - und der lokalen, mehrheitlich indigenen Bevölkerung aufeinander.

Regierung und Privatwirtschaft wollen im großen Stil den Bergbau vorantreiben, Erdöl und Erdgas fördern und riesige Wasserkraftanlagen bauen. Für die wirtschaftliche Entwicklung Perus sei dies unverzichtbar, heißt es.

Minengesellschaften heben die Bodenschätze Perus – und zerstören das traditionelle Leben in den Anden.



Doch die lokale Bevölkerung sieht durch diese Vorhaben ihre traditionelle Lebensgrundlage, die kleinbäuerliche Landwirtschaft, bedroht. Die Menschen auf dem Land wehren sich gegen die Verschmutzung der Umwelt und der kostbaren Wasserressourcen durch die Bergbauindustrie und die exportorientierte Agrarwirtschaft. Häufig kommt es schon im Vorfeld von Bergbauaktivitäten zu heftigen, nicht selten gewalttätigen Protesten, die von den staatlichen Sicherheitskräften in der Regel mit Härte niedergeschlagen werden. Immer wieder gibt es bei solchen Protesten Tote und Verletzte.

Soziale Ungleichheit schürt Konflikte

Die Früchte des peruanischen „Wirtschaftswunders“ sind ungleich verteilt. Auf der Verliererseite stehen die Menschen in den abgelegenen ländlichen Gebieten des Andenhochlands und den Urwaldregionen. Auf dem Land sind 43 Prozent der Menschen arm – das sind mehr als doppelt so viele wie im Landesdurchschnitt, der bei 20 Prozent liegt.

Die arme Bevölkerung ist in jeder Hinsicht benachteiligt: Die Kinder haben schlechtere Bildungschancen, denn ihre Eltern können sie nicht auf eine Privatschule oder auf die Universität schicken. Da Bildung jedoch als Schlüssel zur Entwicklung gilt, bleibt der jungen Generation der Weg aus der Armut versperrt. Auch ein funktionierendes Gesundheitssystem steht nur denjenigen zur Verfügung, die sich kostspielige private Versicherungen erlauben können und damit nicht auf die verbesserungswürdigen staatlichen Gesundheitsleistungen angewiesen sind.

Die soziale Ungleichheit macht viele benachteiligte Menschen in Peru unzufrieden. Sie fühlen sich ausgeschlossen und im Stich gelassen von einem Staat, den sie zudem für korrupt halten. Ihre Frustration äußert sich immer wieder in gewaltsamen Protesten.

Das Interesse internationaler Konzerne am Land der Indigenen Bevölkerung verändert die traditionellen Strukturen.



Friedensarbeit mit Methode



Der ZFD arbeitete in Peru mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern zusammen. Gemeinsam mit den lokalen Kräften setzte er sich für die gewaltfreie Bearbeitung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten ein und förderte Erinnerung und Verständigung.



Lasst uns miteinander reden –
einen Dialog anzustoßen, ist oft bereits
eine Herausforderung.

Mit fachlicher und methodischer Expertise unterstützten ZFD-Fachkräfte ihre Partnerorganisationen in Peru dabei, Gewalt zu verhindern oder einzudämmen und nach Gewaltausbrüchen für Gerechtigkeit und Verständigung zu sorgen. Obwohl einige Partner bereits Erfahrung in der Konflikt- und Versöhnungsarbeit hatten, fehlte ihnen oft das methodische Fachwissen, um nachhaltige Wirkungen und dauerhafte Erfolge zu erzielen. Die ZFD-Fachkräfte vermittelten deshalb insbesondere Methoden zur Analyse und zur gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten und zeigten Möglichkeiten auf, Dialogprozesse in Gang zu setzen.

Ein Beispiel hierfür ist die Zusammenarbeit mit den Regionalstellen der Menschenrechts-Ombudsbehörde Defensoría del Pueblo. Der Einsatz der Ombudsstelle ist häufig bei Umwelt- und Ressourcenstreitigkeiten gefragt. ZFD-Fachkräfte stärkten die Fähigkeiten der Mitarbeitenden der Defensoría del Pueblo, Konflikte zu analysieren, in Streitfällen zu vermitteln, verschiedene Gruppen miteinander in Dialog zu bringen und Krisen durch Intervention zu entschärfen. Sie begleiteten ihre Partner bei Kriseninterventionen und unterstützten sie durch ihr Feedback. Auch interne Abläufe der Ombudsstelle wurden verbessert und Arbeitsstandards geschaffen, die es der Schlichtungsstelle erlauben, bei Streitigkeiten schneller, effektiver und koordiniert einzugreifen.

Die Rechte der Opfer und die Pflichten des peruanischen Staates

Opfervereinigungen stemmen sich in Peru gegen das Verdrängen und gegen das Vergessen der blutigen Auseinandersetzungen der 1980er und 1990er Jahre. Sie haben keinen leichten Stand, denn Teile der peruanischen Gesellschaft möchten die dramatischen Ereignisse dieser Jahre am liebsten aus dem Bewusstsein streichen. Dabei prägen sie das Leben vieler Familien bis heute. Unzählige anonyme Gräber sind noch nicht geöffnet und menschliche Überreste nicht identifiziert worden. Auch der Staat zeigt wenig Respekt vor dem Leid der Menschen. Angehörige der Ermordeten warten noch immer auf Entschädigungszahlungen, die ihnen zustehen. Die Zwangssterilisation von hunderttausenden Frauen und Männern wurde zwar juristisch aufgearbeitet, es wurde aber niemand für die Verbrechen zur Rechenschaft gezogen und Kompensationszahlungen blieben aus.



Menschenrechtsorganisationen kämpfen für eine Aufarbeitung der Vergangenheit.



In Kunstworkshops setzen sich die Menschen mit ihren Erinnerungen auseinander.

Vor diesem Hintergrund betrachtete es der ZFD als seine Hauptaufgabe in der Zusammenarbeit mit den Opfervereinigungen und dem Dachverband peruanischer Menschenrechtsorganisationen, ihre Anliegen öffentlich zu machen. Der ZFD trat an staatliche Stellen heran, um sie auf die Anliegen der Opfervereinigungen aufmerksam zu machen und sie so bei ihren Forderungen nach gesellschaftlicher Anerkennung und juristischer Ahndung der begangenen Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen. Ein Opferregister als Grundlage für staatliche Reparationsleistungen erstellte der Consejo de Reparaciones (Reparationsrat) unter Mitwirkung des ZFD schon bis zum Jahr 2010.

Ab 2010 konzentrierte sich der ZFD auf die Stärkung der Betroffenenverbände, um ihnen ein Gerüst für ihre Arbeit zu geben. Dadurch erhielten viele Opfergruppen überhaupt erst die Möglichkeit, sich in die Aufarbeitung der Vergangenheit einzubringen und ihre Rechte einzufordern – auch das grundlegende Recht, gehört zu werden und im Dialog mit dem Staat als gleichberechtigte Partner aufzutreten.

Der ZFD stärkte zudem die Unterstützungsangebote für traumatisierte Menschen und die Arbeit mit Dorfgemeinschaften. Um persönliche Identitäten und das Gemeinschaftsgefühl wiederherzustellen, wurden individuelle Geschichten aufgearbeitet. Unter Anerkennung der persönlichen Sichtweisen auf das Vergangene wurden gemeinsame Erinnerungsprozesse angeregt – unter anderem mit künstlerischen Mitteln. Weil Symbole wichtig sind, um das Grauen zu verarbeiten, unterstützte der ZFD auch den Aufbau von Gedenk- und Erinnerungsstätten.

DAS OPFERREGISTER: OFFIZIELLE ANERKENNUNG DES UNRECHTS

Die Eintragung im nationalen Opferregister des Reparationsrats leistete einen wesentlichen Beitrag zu einer Friedenskultur in Peru. Schätzungsweise 280.000 Betroffene wurden registriert. Ihnen oder ihren Angehörigen wurde schriftlich bescheinigt, dass sie als Opfer des bewaffneten internen Konflikts anerkannt werden. Dies geschah zumeist in öffentlichen Veranstaltungen und wurde von Presse und Fernsehen übertragen. Für die Betroffenen bedeutete dies erstmalig die offizielle Anerkennung des erfahrenen Unrechts und die Wiederherstellung ihrer Rechte. Mit der Bescheinigung in der Hand können sie ihren Anspruch auf Reparationsleistungen beim peruanischen Staat geltend machen.

Die Ausgabe der Bescheinigungen gestaltete sich aufgrund der geografischen Bedingungen Perus schwierig. Abgelegene Gebiete und große Migrationsbewegungen machten das Auffinden der Opfer schwierig. Der ZFD arbeitete hierzu mit kirchlichen, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zusammen.



Gedenkstätten sind Orte der Erinnerung für die Hinterbliebenen der Opfer

Gemeinsam zum Ziel

Den Weg zu einem friedlichen Zusammenleben kann man niemandem vorschreiben. Deshalb stärken der ZFD und seine Partnerorganisationen Menschen auf der Suche nach eigenen Strategien gegen die Gewalt. Dabei nutzt der ZFD Methoden und Instrumente aus der zivilen Konfliktbearbeitung. Sie alle folgen einem partizipativen Ansatz, das heißt, der Weg zum Ziel wird gemeinsam erarbeitet, statt aus „Expertensicht“ über die Köpfe der Beteiligten hinweg.

Auch Helfende brauchen Hilfe

Nicht nur die Betroffenen brauchen Unterstützung, sondern auch für die Helfenden kann es emotional belastend sein, Menschen in schwierigen Situationen und Lebensphasen beizustehen. Schulungen zur Empathie und Selbstfürsorge unterstützen sie dabei, den Betroffenen gerecht zu werden, ohne ihr eigenes psychisches Wohlergehen außer Acht zu lassen.

Die ZFD-Fachkräfte nutzen die Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung.



METHODENVIELFALT

Um Konflikte zu entschärfen, bedient sich der ZFD anerkannter Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung:

Die KONFLIKT-, KONTEXT- und AKTEURSANALYSE ist ein grundlegendes Instrument, mit dem sich Konflikte analysieren, Friedensbedarfe identifizieren und mögliche Handlungsoptionen finden lassen. Im Sinne des Do-No-Harm („keinen Schaden anrichten“) werden auch die möglichen Folgen der eigenen Arbeit analysiert, um unerwünschte Nebenwirkungen auszuschließen.

Durch GEWALTFREIE KOMMUNIKATION wird es möglich, Konfliktparteien ins Gespräch zu bringen und im Dialog gemeinsam Lösungen zu suchen.

Mit Hilfe des ERINNERUNGSDIALOGS lassen sich traumatische Erfahrungen aufarbeiten. Bei der ZFD-Arbeit in Peru wurde die Methode bei Opfer-Täter-Dialogen eingesetzt. Betroffene schildern ihre Erinnerungen und Erlebnisse, während das Gegenüber genau zuhört. Die Idee dahinter: Überzeugungen können sich ändern, wenn man sich auf die Perspektive des anderen einlässt.

Bei der MEDIATION unterstützt eine neutrale dritte Person die Konfliktparteien dabei, eine Lösung zu erarbeiten, bei der für beide mehr herauskommt als bei einem einfachen Kompromiss.

Das Medium THEATER eröffnet kreative Wege zur Auseinandersetzung mit sozialen und politischen Problemen.

Das PARTIZIPATIVE VIDEO ist eine weitere Möglichkeit, sich intensiv mit der eigenen und mit fremden Sichtweisen auseinanderzusetzen. Die Beteiligten drehen gemeinsam ein Video zu einem bestimmten Thema. Wichtiger als der fertige Film ist der Entstehungsprozess: Er schafft Vertrauen innerhalb der Gruppe und stärkt Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein.

Der ZFD sucht – im Sinne der Allparteilichkeit – den DIALOG mit allen Beteiligten, wenn es um die Bearbeitung von Konflikten geht. Zugrunde liegt allen Analysen und Prozessen der MENSCHENRECHTS-ANSATZ, das heißt, bei allen Projekten, Kooperationen und Konfliktbearbeitungen müssen die Menschenrechte geachtet werden – ohne Kompromisse.



Nationale und internationale Fachkräfte wollen die Nachhaltigkeit der Friedensarbeit sichern.



REGIONALE UND THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Regionale Schwerpunkte bei der Bearbeitung von Umwelt- und Sozialkonflikten in Peru waren die nördliche Küstenregion Piura und die Andenregionen Apurimac, Cusco und Ayacucho.

In Ayacucho waren darüber hinaus die Bemühungen um Aufarbeitung der Vergangenheit, Erinnerung und Versöhnung ein großes Thema.

Teamarbeit mit lokalen Partnern

Der ZFD kooperiert ausschließlich mit lokalen Partnerorganisationen, die bereit und in der Lage sind, Zeit und Ressourcen zu investieren, um die Beratungsleistung des ZFD aufzunehmen und umzusetzen. Auf diese Weise will der ZFD sicherstellen, dass die vermittelten Methoden und Kenntnisse auf Dauer zum Einsatz kommen und die Friedensarbeit nachhaltig wirkt. In Peru wird die Nachhaltigkeit der ZFD-Arbeit außerdem dadurch gesichert, dass Universitäten und Fachschulen Inhalte und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung in ihre Lehrpläne aufnehmen. Inzwischen lernen auch Lehrkräfte in ihrer Ausbildung, wie man mit Auseinandersetzungen konstruktiv umgeht.

DIE PARTNER DES ZFD

► Unter dem Dach der Nationalen Menschenrechtskoordination **COORDINADORA NACIONAL DE DERECHOS HUMANOS (CNDDHH)** sind rund 80 peruanische Menschenrechtsorganisationen versammelt. Der 1985 gegründete zivilgesellschaftliche Verband versteht sich als Lobbyist für Menschenrechtsthemen.

In Kooperation mit dem ZFD organisierte die Nationale Menschenrechtskoordination eine landesweite Fortbildung für Medienarbeitende. Im Mittelpunkt stand die konfliktsensible Berichterstattung, um zu verhindern, dass Medienbeiträge Gewalt fördern.

- ▶ Die **NATIONALE WASSERPLATTFORM IPROGA** ist eine nicht-staatliche Organisation mit Sitz in Lima. Sie engagiert sich für die Lösung von Konflikten um die Ressource Wasser. IPROGA entwickelt politische Vorschläge zur fairen Bewirtschaftung von Wasserressourcen und zum lokalen Konflikt- und Wassermanagement und bringt sie in die öffentliche Diskussion ein. Zusammen mit dem ZFD setzte sich die Organisation für eine Verbesserung der Wasserpolitik in den Regionen ein. Die Regionalregierungen und zivilgesellschaftliche Gruppen waren aktiv eingebunden. Sie erhielten Trainings in „gutem Wassermanagement“ und lernten Methoden der gewaltfreien Konfliktlösung kennen. Angepasst wurden diese Methoden an die traditionellen Regeln und Vorgehensweisen der indigenen Bevölkerung der Anden. Gemeinsam bauten IPROGA und der ZFD ein Monitoring- und Frühwarnsystem für lokale und regionale Wasserkonflikte auf.
- ▶ **IRAGER** ist eine regionale Wasserplattform mit Sitz in Piura an der Nordküste Perus. Sie will die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen optimieren. Die Organisation leistet einen grundlegenden Beitrag zur zivilen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung in der Region. Gemeinsam arbeiteten IRAGER und der ZFD an der Vorbeugung und Lösung von Wasserkonflikten. Im Rahmen der Zusammenarbeit wurden zivile Netzwerke und regionale Entscheidungsinstanzen in Techniken zur Konfliktlösung geschult. Der ZFD begleitete und beriet IRAGER außerdem bei akuten Konfliktinterventionen.



Teams der Ombudsstelle Defensoria del Pueblo besuchen Konfliktparteien vor Ort.

Wasserkonflikte sind verbreitet in Peru. Mehrere Organisationen bemühen sich um Vermittlung.



- ▶ Die **DEFENSORÍA DEL PUEBLO** ist die staatliche, politisch unabhängige Ombudsstelle für Menschenrechte und einer der bedeutendsten staatlichen Partner des ZFD. Die Schlichtungsstelle hat das Mandat, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten. Damit ist sie ein bedeutsamer Akteur der Konfliktbearbeitung. Sie ist laufend in Konfliktszenarien tätig, in denen sich Bürger und Bürgerinnen durch den Staat in ihren Rechten verletzt fühlen. Die monatlichen Konfliktberichte der Ombudsstelle gelten als Referenzwerk.
Ziel der Zusammenarbeit mit dem ZFD waren vor allem die Gewaltprävention und die Stärkung der Fähigkeiten der Ombudsbehörde als Akteur der gewaltfreien Konfliktbearbeitung. Der ZFD unterstützte die drei Regionalbüros in Apurímac, Cusco und Puno.
- ▶ Die Kooperation des ZFD mit der **REGIONALREGIERUNG VON AYACUCHO** hat Modellcharakter. Hier entstand als Vorbild und Muster für andere Regionalregierungen ein Büro für Prävention und Management von Sozialkonflikten.
- ▶ Das **INSTITUTO DE ESTUDIOS PERUANOS (IEP)**, Institut für peruanische Studien, ist eine private Institution, die sich der Forschung, Lehre und Verbreitung der Sozialwissenschaften Perus und anderer lateinamerikanischer Länder widmet. Das IEP war in der Versöhnungs- und Vergangenheitsarbeit langjähriger Partner des ZFD.
Das gemeinsam durchgeführte Projekt Apoyo para la Paz („Hilfe für den Frieden“) verfolgte einen innovativen Ansatz: Lokale Friedensakteure in Ayacucho erhielten Unterstützung bei der Verwirklichung eigener Initiativen, die den Menschenrechten, der Erinnerungsarbeit und dem gesellschaftlichen Versöhnungsprozess verpflichtet sind.
- ▶ Das **CENTRO LOYOLA DE AYACUCHO** gehört der katholischen Ordensgemeinschaft „Gesellschaft Jesu“ an. Es fördert Bürgerbeteiligung, Integration und Friedensaktivitäten in Ayacucho. Gemeinsam mit dem ZFD und Apoyo para la paz entwickelte das Zentrum Angebote für die Menschen in Ayacucho. Ihnen wurden Möglichkeiten geboten, Gewalterfahrungen zu verarbeiten und mit ehemaligen Gegnern ins Gespräch zu kommen. Das Ziel der Zusammenarbeit: Vergebung und Versöhnung eine Chance geben.
- ▶ **PAZ Y ESPERANZA** („Frieden und Hoffnung“), ist eine internationale christliche Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Ayacucho. Sie will benachteiligten und armen Menschen zu ihrem Recht verhelfen und sie unterstützen. Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit dem ZFD und Apoyo para la Paz war die psychosoziale Begleitung von Angehörigen Verschwundener.

Erreichtes: Aus der Vergangenheit lernen, die Zukunft gestalten



*Niemand kann den Beitrag des ZFD besser beurteilen als die Menschen,
mit denen die nationalen und internationalen Fachkräfte zusammengearbeitet haben.
Hier berichten sie, was die Kooperation mit dem ZFD bewirkt hat.*

Wasserkonflikte: Verständigung erfordert Respekt

In Puirá, einem trockenen Landstrich im Norden Perus, gibt es nicht genug Wasser für alle. Städte, die ihre Trinkwasserversorgung sichern müssen, konkurrieren mit den Bäuerinnen und Bauern, die Wasser für ihre Felder und Gärten brauchen. Immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen um Wasser, in denen die regionale Organisation IRAGER zu vermitteln sucht. IRAGER erbat die Unterstützung des ZFD, um Fortbildungen für Unternehmen, Behörden und Organisationen aus dem Wasserbereich anbieten zu können und den Erfahrungsaustausch über die Wasserprobleme in der Region anzustoßen.

Besonders positiv bewerteten die Trainingsteilnehmenden den Praxisbezug der Seminare. „Wir haben zum Beispiel Fälle aus anderen Regionen analysiert. Das hat uns geholfen, die Situation in Puirá zu verstehen“, berichtet Diana Chávez, die als Mitarbeiterin eines Nutzerverbandes an der Fortbildung teilnahm.



In Puirá ist Wasser ein knappes Gut.

Im Praxistest bewährt

Die Trainingsteilnehmenden bekamen Strategien an die Hand, die sich in der Praxis bewährt haben. So weiß Ruth Rodrich jetzt, was zu tun ist, wenn wieder einmal Bürgervertreterinnen und -vertreter vor den Toren ihres Arbeitgebers, eines Dienstleisters für Wasser und sanitäre Einrichtungen, demonstrieren. Zunächst, so Ruth Rodrich, muss man für Ruhe sorgen. Dann werden vier oder fünf Vertreterinnen und Vertreter der Protestierenden ins Unternehmen eingeladen, wo sie dem Management und technischen Angestellten ihre Forderungen und Anliegen präsentieren können. Wichtig dabei: Alle begegnen sich auf Augenhöhe und mit Respekt. „Zuhören ist ganz wichtig, das sagen wir auch unseren Chefs!“, unterstreicht Ruth Rodrich. Die getroffenen Vereinbarungen werden protokolliert. „Wir haben ziemlich gute Erfahrungen mit dieser Vorgehensweise gemacht. Die Leute respektieren uns und erkennen unsere Arbeit an“, so Ruth Rodrich.

Die Probleme der Menschen ernst nehmen

Die Mitarbeitenden des Unternehmens müssen noch ein Gespür für die Probleme der Menschen entwickeln, weiß die Vermittlerin: „Ich sage ihnen immer, dass niemand herkommt, um Probleme zu erfinden. Wenn die Leute zu unserer Firma kommen, dann weil sie wirklich ein Problem haben. Man muss sich in die Lage des anderen versetzen, um zu verstehen, was er empfindet.“

Auch Diana Chávez hat in der Fortbildung gelernt, wie wichtig es ist, sich in die Position des Gegenübers zu versetzen. „Bei anderen Nutzerverbänden endeten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Komitees tödlich. Wir wollen nicht, dass dies hier geschieht.“ Durch Verhandlungen mit den Nutzerinnen und Nutzern konnte Diana Chávez erreichen, dass in jedem Sektor eine Kontrollstelle eingesetzt wird, damit kein Wasser mehr gestohlen und das kostbare Nass fair verteilt wird.



Lokale Gruppen und Vertreter der Wasserfirmen geraten immer wieder aneinander. Der ZFD zeigt Wege zur Verständigung auf.

Konfliktmanagement: Ein Anlaufpunkt für Streitende

Um Umweltthemen und Landbesitz wird in der Region Ayacucho immer häufiger gestritten. Der soziale Zusammenhalt im ehemaligen Zentrum des bewaffneten Konflikts ist ohnehin fragil. Die Streitigkeiten belasten das Zusammenleben zusätzlich.

Unterstützt von einer ZFD-Fachkraft analysierte die Regionalregierung die Lage und kam zu dem Schluss: Ayacucho braucht eine feste Anlaufstelle für Menschen, die Vermittlung in Streitfällen suchen. Man beschloss, den Anlaufpunkt im Rahmen des bestehenden Ausschusses zur Armutsbekämpfung einzurichten. Ihm gehören Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft und der Regionalregierung an. Zusätzlich organisierte der ZFD eine Fortbildungsreihe zum Thema Konfliktmanagement für staatliche Institutionen und Bürgervertretungen.

Gute Zusammenarbeit durch klare Zuständigkeiten

Mindestens ebenso wichtig wie das Training war für die Konfliktbearbeitung in Ayacucho jedoch die Klärung der Rollen der verschiedenen Ausschussmitglieder und Organisationen: Wer übernimmt welche Aufgaben? Wer verantwortet was? Darüber mussten staatliche Stellen und zivile Organisationen zuerst einen Konsens erarbeiten. Diese Rollenklärung erwies sich als Grundlage für eine konstruktive Zusammenarbeit und realistische Vereinbarungen. Und sie erlaubt es den Beteiligten, sich statt auf Interna auf die inhaltliche Arbeit mit den Streitenden zu konzentrieren. Und das ist keine leichte Aufgabe, wie Omar Rosel, Mitglied des Ausschusses für Konfliktbearbeitung, erklärt: „Wir machen den Leuten klar, dass wir ihre Probleme nicht lösen können. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass sie miteinander reden können. Wir können auch die zuständigen Institutionen ansprechen. Aber manchmal kommen die Leute trotzdem mit der Hoffnung zu uns, dass wir alle Probleme aus der Welt schaffen können.“



Lokale Künstler beschäftigen sich mit den Schrecken der Vergangenheit.

Psychosoziale Unterstützung: Hilfe in belastenden Situationen

Das ZFD-Projekt Apoyo para la Paz setzte sich dafür ein, dass die Vorschläge der peruanischen Kommission für Wahrheit und Versöhnung umgesetzt werden. Die Opfer der bewaffneten Auseinandersetzungen der 1980er und 1990er Jahre sollen ihr Recht bekommen.

Im Laufe der Zeit wurde jedoch deutlich: Die Menschen brauchen nicht nur juristische Unterstützung und Entschädigungszahlungen, um mit dem Erлитenen fertig zu werden, sondern auch psychosoziale Unterstützung. Unter besonders hohem Druck stehen die Familien der Verschwundenen und Getöteten, wenn sie vor Gericht aussagen oder Kleidung ihrer Angehörigen aus anonymen Massengräbern identifizieren müssen.

Unterstützung bietet den Menschen in Ayacucho die Gruppe für psychosoziale Betreuung GAPSA. Den Mitgliedern der Gruppe vermittelte der ZFD Methoden und Übungen zur Entspannung und Selbstachtsamkeit, mit denen sie den Betroffenen helfen können, wenn sie unter großer seelischer Belastung stehen, etwa bei der Vorbereitung auf Zeugenaussagen vor Gericht.

Viele Angehörige von Opfern brauchen Begleitung

Auch andere Initiativen griffen das Thema auf und sorgten dafür, dass Selbstachtsamkeit nun auch in anderen Zusammenhängen der Vergangenheitsarbeit angewandt wird, zum Beispiel bei der Registrierung von Opfern der Zwangssterilisierung oder in Selbsthilfegruppen von Gewaltopfern.

Apoyo para la Paz und die Menschenrechtsorganisation Paz y Esperanza haben ein Handbuch „Richtlinien zur psychosozialen Begleitung in Gerichtsprozessen“ erarbeitet. Es ist eine Hilfe während der Gerichtsverhandlungen und immer dann, wenn mit Betroffenen gearbeitet wird. Zum Einsatz wird das Buch wohl noch oft kommen. Marta Gomez de la Torre von GAPSA erklärt: „Wir sind überzeugt davon, dass auch in Erfüllung des gerade erst erlassenen Gesetzes zur Suche vermisster Personen deren Angehörige psychosoziale Begleitung benötigen. Glücklicherweise haben wir Erfahrungen damit und können ihnen zur Seite stehen.“



Die Menschen lernen Strategien, um mit den Traumata umzugehen.



APOYO PARA LA PAZ: GEFRAGTER PARTNER LOKALER INITIATIVEN

Das internationale Beratungsteam Apoyo para la Paz („Hilfe für den Frieden“) war ein innovativer Ansatz des ZFD. Trägerorganisation war zunächst das angesehene peruanische Sozialforschungsinstitut Instituto de Estudios Peruanos (IEP), später die Nationale Menschenrechtskoordination.

Für Apoyo para la Paz, kurz APP; arbeiteten vier Fachkräfte, zwei aus Peru und zwei aus dem Ausland. Im APP-Büro in Ayacucho beriet das Team lokale Initiativen, aber auch staatliche Stellen wie die Regionalregierung oder Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Landkreise. Aktiv wurde das Team bei kleineren Vorhaben ebenso wie bei längerfristigen Projekten, aber immer ausschließlich auf Anfrage der Menschen und Organisationen vor Ort. Dabei ging es hauptsächlich darum, die Empfehlungen der peruanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission umzusetzen. Das Ansehen von Apoyo para la Paz war hoch, da die Menschen es als peruanisches Projekt betrachteten. Das APP-Büro in Ayacucho galt als neutraler Treffpunkt und war Ort des Austauschs und der Vernetzung für die unterschiedlichsten Interessenvertretungen – Menschenrechtsaktivisten, Politiker, Künstler, Studierende und Kriegsgesopfer.

Gedenkstätte „La Hoyada“: Ein Ort der Erinnerung

Rund 20 Jahre währte der bewaffnete Konflikt zwischen Guerilleros und Regierungskräften in Peru. Ayacucho war die am schwersten betroffene Region. Das dortige Militärquartier „Los Cabitos“ war berüchtigt für willkürliche Festnahmen, Folter, sexuelle Gewalt, das „Verschwindenlassen“ von Menschen und Exekutionen ohne Gerichtsurteil. Mindestens 136 Menschen wurden hingerichtet. Die Toten wurden auf einem Gelände namens „La Hoyada“ begraben.

Die Opfervereinigung ANFASEP setzte sich dafür ein, eine Gedenkstätte auf dem Gräberfeld „La Hoyada“ zu errichten, um die Opfer von „Los Cabitos“ angemessen zu würdigen. Die Familien der Opfer und Vermissten sollten einen Ort bekommen, wo sie als Teil ihres Heilungsprozesses eine Verbindung zur Vergangenheit aufbauen können. Unterstützung für ihr Vorhaben bekam die Opfervereinigung vom ZFD-Projekt Apoyo para la Paz, dem Zentrum Loyola Ayacucho und weiteren Menschenrechtsorganisationen.



Lokale Gruppen und Vertreter der Wasserfirmen geraten immer wieder aneinander. Der ZFD zeigt Wege zur Verständigung auf.

Ringens um die Unterstützung der Regierung

Es erforderte große Hartnäckigkeit aller Beteiligten, die Regionalregierung von der Notwendigkeit eines Gedenkortes zu überzeugen. Immer wieder verzögerte sich der Baubeginn. Doch auch wenn das eigentliche Denkmal noch nicht errichtet ist, wurde „La Hoyada“ inzwischen offiziell zum Ort des Gedenkens erklärt. Damit ist sicher, dass das Gräberfeld nicht für andere Zwecke genutzt werden kann.

Carmen Rios, Direktorin des Zentrums Loyola Ayacucho, hebt hervor, dass ohne das Engagement der Menschenrechtsbewegung die Opfer der Gewalttaten längst aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden wären: „Immer wenn wir die Notwendigkeit von Vergangenheitsarbeit hervorheben, halten wir auch die Erinnerung an die durchlebte Gewalt wach. Das ist wichtig und sollte unbedingt fortgesetzt werden. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass sich diese Gewalt nie mehr wiederholt.“

DIE WIRKUNGEN

Das hat der ZFD in Peru erreicht:

- ▶ Die Außenstellen der Menschenrechts-Ombudsstelle Defensoría del Pueblo in Apurímac, Cuzco und Puno arbeiten dank Fortbildungen und verbesserter Strukturen effizienter und können bei Konflikten um natürliche Ressourcen frühzeitig vermitteln, damit Auseinandersetzungen nicht in Gewalt münden. Besonders häufig haben alle drei Ombudsstellen mit Landstreitigkeiten zwischen Gemeinden zu tun. Um diese Konflikte friedlich beizulegen, schufen ZFD und Defensoría del Pueblo regionale und lokale Dialogangebote, die sehr gut angenommen werden.
- ▶ Die Regionalregierung in Ayacucho hat ein Büro zur Prävention und Bearbeitung von Konflikten aufgebaut, das Modellcharakter für andere Regionen hat.
- ▶ Die nationale Menschenrechtskoordination nimmt mit ihrer Lobbyarbeit Einfluss auf die Politik und wird in der Öffentlichkeit als ehrlicher Mittler zum Schutz der Menschenrechte wahrgenommen.
- ▶ In der Region Ayacucho schließen sich Opfer- und Friedensorganisationen zusammen und treten gemeinsam für ihre Rechte und für Versöhnung ein. Sie nehmen Einfluss auf lokale und regionale Entscheider und auf die Politik. Durch ihr Engagement rückt die Aufarbeitung der Gewaltgeschichte als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ins öffentliche Bewusstsein.



Ein lokales Komitee diskutiert über den Bau einer Gedenkstätte.

- ▶ Dank des Einsatzes der ZFD-Fachkräfte sind Brücken zwischen Staat und Zivilgesellschaft entstanden. Der ZFD förderte und begleitete den Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Regionalregierungen und Behörden.
- ▶ Seminare zum Thema konflikt sensible Berichterstattung vermittelten Journalistinnen und Journalisten, wie sie durch objektive und ausgewogene Medienbeiträge zur Deeskalation von Konflikten beitragen können. Konflikt sensible Berichterstattung ist inzwischen Bestandteil der Journalisten- ausbildung.
- ▶ Der ZFD leitete Dialoge zwischen Opfern und Tätern des bewaffneten Konflikts ein und begleitete sie. Diese Dialoge waren der erste Schritt zu einer Verständigung und Aussöhnung zwischen ehemaligen Gegnerinnen und Gegnern. Den Opfern halfen die Dialoge dabei, die Wunden der Vergangenheit zu heilen.
- ▶ Die Angehörigen von Ermordeten und Vermissten erhalten kompetente psychosoziale Unterstützung durch Helfende, die der ZFD fortgebildet hat.

Gewalt zeigt sich in vielen Formen – sie richtet sich auch gegen Kunst.
Lokale Initiativen nehmen das nicht hin.



Erkenntnisse: Ausdauer und Mut zahlen sich aus



So gut die ZFD-Fachkräfte auch auf ihre Einsätze vorbereitet sind – den Ausgang kann niemand vorhersehen. Eskaliert ein Streit trotz aller Mühen um Vermittlung? Oder reichen sich die Gegner die Hände? Drei ZFD-Fachkräfte schildern hier ihre persönlichen Erlebnisse.

Vergeben bedeutet nicht Vergessen

Von Inga Seifert

„Wir brauchen einen echten Versöhnungsprozess in Peru, einen breiten Dialog, ein Zusammenkommen. Señorita, vielleicht können Sie uns dabei unterstützen?“ Diese Worte hörte ich 2014 aus dem Munde eines ehemaligen Soldaten, der in den 1990er Jahren zwangsrekrutiert und in den Bürgerkrieg gegen die Kämpfenden des „Leuchtenden Pfads“ geschickt wurde. Ab dem Jahr 2001 arbeitete die peruanische Kommission für Wahrheit und Versöhnung die Verbrechen der Jahre 1980 bis 2000 auf. Ihren Abschlussbericht legte sie 2003 vor.

Seither kämpfen Opferorganisationen für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, um die Anerkennung ihres Schmerzes und für die Suche nach den verschwundenen Familienangehörigen. Viele Kriegs Betroffene hegen noch immer heftige Ressentiments gegen Uniformierte oder ehemalige Kämpferinnen und Kämpfer des „Leuchtenden Pfads“.

„Wir haben damals als Brüder gegen Brüder gekämpft; da sehe ich die Hauptverantwortung bei der Politik, von denen die Einsatzbefehle kamen. Heute müssen wir uns alle zusammensetzen, uns zuhören. Wir ehemaligen Soldaten fordern, dass der Staat uns endlich darin unterstützt, in das zivile Leben zurückzukehren. Aber wir bitten auch um Vergebung für die Dinge, die wir der Bevölkerung angetan haben. Und natürlich bedeutet Vergeben nicht vergessen!“

Reden über das Unausprechliche

Leider spiegeln die Worte des ehemaligen Soldaten nicht die offizielle Position der Streitkräfte wider. Auch unter den ehemaligen Kämpfern und Kämpferinnen des „Leuchtenden Pfads“ ist es nicht einfach, diejenigen zu finden, die der Gewalt abgeschworen und einen neuen Weg eingeschlagen haben. Und die meisten Opferorganisationen können sich nicht vorstellen, wie ein Versöhnungsprozess ohne Gerichtsverhandlungen gegen die Kriegsverbrecher aussehen soll.

Opfergruppen fordern, dass die Politik ihre Kompensationszusage einhält.





Wer dem anderen zuhört,
ist auf dem Weg zum Frieden.

Zusammen mit unserer Partnerorganisation, dem Centro Loyola in Ayacucho, stand ich zu Projektbeginn vor der großen Herausforderung, einen Rahmen für wahrhaftige Versöhnungsdialoge zu schaffen. Rund zweieinhalb Jahre dauerte es, bis alles bereit war; die Mediatoren und Mediatorinnen viele Schulungen durchlaufen hatten und das Vertrauen zu den Gesprächspartnern aufgebaut war.

Am 1. April 2017 war es dann soweit: 18 Personen, Frauen und Männer, – darunter ehemalige Soldaten und Guerilleros, Familienangehörige von Verschwundenen und Gefolterten, intern Vertriebene, Kirchenvertreter, Richter, Journalisten, lokale Regierungsbeamte, Abgeordnete, Universitätsprofessoren und Menschenrechtsaktivisten - versammelten sich in den Räumlichkeiten der Jesuiten in Ayacucho, um über vier Leitfragen zu sprechen: Ist ein Versöhnungsdialog möglich und wünschenswert? Was verstehen wir unter „Vergebung“? Wer oder was ist eigentlich „das Vaterland“? Wie können wir vor dem Hintergrund der persönlichen Kriegserlebnisse in Frieden zusammenleben?

An vier Tischen versammelten sich jeweils fünf bis sieben Teilnehmende in gemischten Gruppen. Die Gespräche wurden von einem der im Vorfeld geschulten Moderatoren geleitet und von einer freiwilligen Friedenspromotorin des Centro Loyola unterstützt. Das Moderatorenteam hatte keine leichte Aufgabe, denn es musste nicht nur emotional aufgeladene Gespräche unter Kontrolle halten. Die von uns ausgebildeten Moderatorinnen und Moderatoren sind häufig selbst Betroffene, die Familienangehörige entweder durch Soldaten, paramilitärische Bürgerkomitees oder den „Leuchtenden Pfad“ verloren haben.

Schmerzvolle Reise in die Vergangenheit

Wie zu erwarten, war die Situation angespannt. Für die meisten Teilnehmenden bedeutete die Auseinandersetzung mit unseren Leitfragen eine Reise in eine sehr schmerzvolle Vergangenheit. Zum Schluss hatten wir ein Plenum geplant, in dem wir gemeinsam reflektieren wollten, wie es jeder und jedem ergangen war. Wir wollten auch erfahren, ob es aus Sicht der Teilnehmenden möglich und wünschenswert wäre, nach diesem Pilotversuch den Dialog fortzusetzen.

Und dann geschah etwas Besonderes: Eine Situation, die man nicht erzwingen und nicht steuern kann, aber deren Kraftwelle eine ganze Gruppe mitreißen kann. Im Abschlussplenum ergreift eine Frau unter Tränen das Wort: „Ich möchte hier mit allen teilen, was ich in den letzten zwei Stunden durchlebt habe. Für mich war es wahnsinnig schwer, mit einer Person am Tisch zu sitzen, die für die Organisation gekämpft hat, die meinen Vater auf dem Gewissen hat. Ich fühle immer noch diese riesige Wut, die Verzweiflung. Es ist schwer, ihm zuzuhören. Aber gleichzeitig bin ich dankbar für diese Gelegenheit, denn sie ist Teil meines Heilungsprozesses. Wir können nicht in der Vergangenheit stehen bleiben, wir müssen einen Weg finden ... Verzeihung, wie war noch Ihr Name?“ Sie schaut zum ehemaligen Guerrillero hin. Als er seinen Namen sagt, erwidert sie: „Ah, genau wie mein Vater.“

Die ganze Runde ringt sichtlich um Fassung. Danach teilen weitere Teilnehmende ihre Gedanken mit. Auch der ehemalige Guerillero bittet schließlich ums Wort. Es fällt ihm nicht leicht: „Ich möchte in dieser Runde um Vergebung bitten, im Namen der Organisation, in der ich damals aktiv war. Ich weiß heute, dass wir damals die falschen Mittel gewählt haben. Ich bitte um Vergebung für all das Leid, das wir über die Familien gebracht haben, über ganz Peru eigentlich. Wir müssen jetzt sehen, wie wir heute vor allem mit Hilfe der jungen Generation einen demokratischen Staat aufbauen, damit nie wieder jemand einer Ideologie des Hasses folgt.“

Aus Gegnern werden Partner

Als die Runde beendet ist, leitet die begleitende Psychologin die Schlusszeremonie ein. Die Paare aus der Vorstellungsrunde, die sich zu Anfang gegenseitig vorgestellt hatten, sollen sich nun jeweils eine kleine Topfpflanze überreichen, als Symbol für die ersten Schritte unserer Versöhnungsdialoge und für die Hoffnung, die darin liegt. Da steht die Frau, die im Konflikt ihren Vater verlor, erneut auf und bittet darum, ihre Pflanze dem ehemaligen Guerrillero übergeben zu dürfen. Sie erheben sich beide und treffen sich in der Mitte unseres Stuhlkreises. Sie überreicht ihm die Pflanze und umarmt ihn fest. So stehen sie einige Sekunden in unserer Mitte, weinend in der Umarmung. Die ganze Runde erfasst dieses Gefühl der Überwältigung, alle haben Tränen in den Augen. Für einen Moment steht die Zeit still.

Danach ist etwas in Bewegung gekommen. Eine Offizierin der Streitkräfte erhebt sich, wendet sich an eine Angehörige von Verschwundenen, überreicht ihr die Pflanze und bittet im Namen der Streitkräfte um Vergebung. Es folgt eine junge Frau, die ihre Familie in einem Massaker der Armee verloren hat, und schenkt ihre Pflanze einem ehemaligen Soldaten. So versichern sich alle Teilnehmenden und das begleitende Team untereinander ihrer Solidarität und bekräftigen ihre Motivation, den begonnenen Prozess weiterzuführen. Alle bleiben noch eine Weile im Saal und unterhalten sich in kleinen Gruppen. Ein Angehöriger von Verschwundenen tauscht Kontaktdaten mit einem der ehemaligen Guerilleros aus: Sie haben ein Umweltprojekt gefunden, in dem sie gerne zusammenarbeiten würden.

Einige Tage später ruft unser Dialogteam die Teilnehmenden noch einmal an, um nachzufragen, wie es ihnen ergangen ist und ob sie Bedarf an individueller psychosozialer Begleitung haben. Die Reaktionen machen uns Mut: Wir sind auf dem richtigen Weg. Für alle war es eine bewegende Erfahrung. Einige Kriegsbetroffene berichten, wie wichtig es für sie war, persönlich von den ehemaligen Kämpfern zu hören, wie sie die Zeit erlebt hatten, wie sie dazu kamen, für Überzeugungen zu töten. Eine ehrliche Bitte um Vergebung, auch wenn sie nur stellvertretend geäußert werden konnte, wirkte für die meisten Betroffenen heilend. Doch auch von den ehemaligen bewaffneten Kämpfern wurde der Dialog als wichtig, heilend und notwendig empfunden. Die wichtigste Erkenntnis aus der Zusammenkunft ehemaliger Täter und Opfer lautet: Es ist möglich, eine Friedenskultur zu schaffen, sobald Schmerz gehört und anerkannt wird, sobald Vorurteile abgebaut werden und alle einander wieder als Menschen begegnen.



ZFD-Fachkraft Inga Seifert ist Diplom-Regionalwissenschaftlerin Lateinamerika. Sie arbeitete in Nicaragua, Kolumbien, Guatemala und Peru und sammelte außerdem Arbeitserfahrung in Afrika und Afghanistan, wo sie sich für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen engagierte.

Nach einer Ausbildung zur Mediatorin an der Akademie für Konflikttransformation ging sie im Jahr 2014 nach Peru, wo sie lokale Partner bei der Vergangenheitsarbeit und Versöhnungsdialogen unterstützte.

Konfliktsensibler Journalismus stärkt den Frieden

Von Andreas Grigo

Sie sitzen im Kreis und doch zwischen allen Stühlen: Alina, Carlos, Eland und die anderen, insgesamt zwölf Universitätsdozenten und -dozentinnen, angereist nach Lima, quer aus dem ganzen Land. Hier, im Sitz der Nationalen Koordination für Menschenrechte, CNDDHH, berichten sie über ihre tägliche Herausforderung: junge Journalistik-Studierende auf den peruanischen Medienalltag vorzubereiten.

Rund um den Konferenztisch schildern sie eine Alltagsrealität, die es den Studierenden schwermacht, das Erlernte anzuwenden. Eine Realität, die die Lehrkräfte nahezu zwingt, einerseits zwar gutes journalistisches Handwerk zu vermitteln, gleichzeitig aber im nächsten Atemzug die Schwierigkeiten seiner Anwendung zu diskutieren.



Durch neutrale Berichte können die Medien dazu beitragen, die Vergangenheit aufzuarbeiten und aktuelle Konflikte zu entschärfen.

Beispiele gibt es viele: Publikationen mit derart strengen redaktionellen Vorgaben, dass sie eine ausgewogene Berichterstattung im Keim ersticken. Die unter Medienschaffenden verbreitete Auffassung, sie müssten ihre Artikel mit einer gehörigen Prise Meinung würzen – auch wenn es sich nicht um einen Kommentar, sondern um eine Nachricht handelt. Die Tatsache, dass staatliche Institutionen ihre Glaubhaftigkeit als Quelle selbst aushöhlen, wenn beispielsweise die Polizei ihren Bediensteten gestattet, in ihrer Freizeit für Privatfirmen zu arbeiten – wo sie dann nicht mehr unbedingt das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Auge haben.

Medien können Konflikte anstacheln – oder entschärfen

Eine Alltagsrealität, die nicht nur journalistischen Prinzipien widerspricht, sondern sich im Falle eines Konfliktes zu einem giftigen Cocktail entwickelt, der die Lage im Land schnell und drastisch verschlimmern kann. Gerade angesichts der in Peru weit verbreiteten sozialen Konflikte ist tendenziöse Berichterstattung ein Problem, bestätigt der CNDDHH und weist darauf hin, dass die Ombudsstelle Defensoría del Pueblo permanent um die 200 soziale Konflikte im Land registriert.

Um ein möglichst nachhaltiges Gegengift zu entwickeln, hat der CNDDHH heute Journalistik-Dozentinnen und -Dozenten aus ganz Peru eingeladen. Sie wollen gemeinsam Grundlagen für konfliktsensible Berichterstattung erarbeiten, um sie in ihre Kurse und Seminare einzubinden – damit die Journalisten und Journalistinnen von morgen für das Thema sensibilisiert werden.



Studierende lernen, wie man sensibel mit Konflikten umgeht.

Zwei Tage lang geht es um die Analyse von Konflikten aus journalistischer Sicht, die Redaktion konfliktsensibler Beiträge und ergänzende Themen, etwa den Umgang mit Interviewpartnern, die Gewalt erfahren haben, oder die Risiken einer posttraumatischen Belastungsstörung unter Medienschaffenden selbst. Wichtig dabei ist das Angebot von Freiräumen zur fachlichen Diskussion.

Objektive Informationen für alle

„Für die Berichterstattung im Falle von Konflikten sind diese Kenntnisse entscheidend“, sagt Víctor Zegarra, Kursbeauftragter an der privaten Universidad Científica del Peru in der Urwaldmetropole Iquitos. „Gerade wenn wir aufmerksam darüber berichten, wie sich Kontrahenten selbst um Annäherung bemühen, kann dies zu einem positiven Klima beitragen, in dem dann auch die Abwendung der Krise möglich wird.“

Wilbert Medina, Leiter des Bereiches Kommunikationswissenschaften an der staatlichen Universität San Antonio Abad in Cusco, pflichtet seinem Kollegen bei: „Ein guter Artikel muss dafür sorgen, dass öffentliche Entscheidungsträger ebenso wie die Gesellschaft über die nötigen Informationen verfügen, um auf der Suche nach Lösungen zusammenarbeiten zu können.“

Fortbildungen für Journalistinnen und Journalisten im ganzen Land

Dass diese Lösungen gewaltfrei verlaufen, und gerade im Falle sozialer Konflikte ohne Verletzung der Menschenrechte, dafür setzt sich die CNDDHH unter anderem mit Tagungen wie dieser ein. Unterstützt wird die Nationale Koordination für Menschenrechte dabei vom ZFD. Gemeinsam haben wir, die CNDDHH und der ZFD, Workshops in ganz Peru gehalten, vom nördlichen Piura bis Tacna am südlichsten Zipfel, von der Küstenhauptstadt Lima bis zum Urwaldort Puerto Maldonado kurz vor der bolivianischen Grenze. Dabei wurde deutlich, wie wichtig eine nachhaltige Verankerung des Themas in der Ausbildung der Journalistinnen und Journalisten von morgen ist. Gerade außerhalb Limas ist das Thema der konfliktsensiblen Berichterstattung oft immer noch neu. Um die ‚kritischen Masse‘ sensibilisierter Medienmacher zu erreichen, haben wir mit der CNDDHH lange Zeit Fortbildungen mit Journalisten und Multiplikatoren der Zivilgesellschaft veranstaltet.

Andere Partner des ZFD, wie die Defensoría del Pueblo oder Apoyo para la Paz und Centro Loyola, boten dabei eine gute Gelegenheit, Synergien des Programmes zu nutzen. Doch eine zentrale Herausforderung blieb: Immer wieder mussten wir feststellen, dass es den Teilnehmenden an journalistischem Basiswissen mangelt. So ist das Vermitteln der Prinzipien konfliktsensibler Berichterstattung zwar nicht unmöglich, aber schwierig.

Ausbildung in konfliktsensibler Berichterstattung

Es war daher ein logischer Schritt, die Lehre dort zu verankern, wo sie ohnehin stattfindet: An den Universitäten. Durch die Fortbildung der Lehrkräfte versuchen wir sicherzustellen, dass möglichst viele künftige Journalistinnen und Journalisten nicht nur wissen, wie Investigativrecherche funktioniert oder ein Radiobeitrag produziert wird, sondern eben auch, wie man über einen Konflikt neutral und lösungsorientiert berichtet.

Die Dozenten und Dozentinnen bestätigten, dass sie die Methoden, die sie während der Tagung in Lima kennenlernten, in ihrem Unterricht anwenden werden. Alina Chávez, Journalistik-Dozentin der staatlichen Universität von Piura, erklärt: „Diese Methoden helfen den Studierenden, Situationen besser zu analysieren und sie präzise darzustellen.“ Die Dozentin hofft, dass auf diese Weise – und unter Beachtung der ethischen Grundlagen des Journalismus – soziale Konflikte mit Hilfe der Medien entschärft werden können. Ihr Vorschlag: Man sollte langfristig die Medien in Konfliktregionen auswerten, um herauszufinden, ob konfliktsensible Berichterstattung angewandt wird.

Neben dem inhaltlichen Nutzen kamen einige Nebeneffekte zur Sprache, die in die Planung künftiger Veranstaltungen einfließen sollten. Die Teilnehmenden schlugen vor, Interessenten mit geringen finanziellen Mitteln Fördergelder für den Besuch von Tagungen zukommen zu lassen. Und es sollten gezielt diejenigen eingeladen werden, die das erworbene Wissen am ehesten im Alltag anwenden können.

Letzteres ist eine Aufgabe, die Fingerspitzengefühl erfordert, denn Einladungen zu Fortbildungen werden üblicherweise innerhalb geschlossener Personenkreise weitergegeben. Für Außenstehende ist es nahezu undurchschaubar, wer hier ein- und wer ausgeschlossen wird. Laut CNDDHH ist das Problem bekannt und weit verbreitet. Das bedeutet für den ZFD: Bei Einladungen muss man kritisch nachfragen und unter Umständen mögliche Teilnehmende direkt ansprechen.

Die Dozentinnen und Dozenten schätzten an der Fachtagung nicht nur die inhaltliche Arbeit, sondern auch den fachlichen Austausch. Alina Chávez berichtet, es sei das erste Treffen dieser Art, das jemals stattgefunden habe – ein Treffen, das dringend nötig war und der Anfang eines neuen, nationalen Dozentennetzwerkes sein könnte.



Andreas Grigo ist Journalist und Medientrainer mit dem Schwerpunkt „Konfliktsensible Berichterstattung“.

Für den ZFD war er als Fachkraft in Kambodscha an der Medienschule der Royal University of Phnom Penh und in Peru bei der Nationalen Koordination für Menschenrechte (CNDDHH) tätig.

Aktuell berät er als integrierte Fachkraft (CIM) den Kommunikationsbereich des kolumbianischen Friedensnetzwerkes Redprodepaz in Bogotá.



Im Andenhochland treffen Bergbauunternehmen und die indigene Bevölkerung aufeinander.

Wie Nachbarn wieder zueinander finden

Von Jan van der Weijst

In Lateinamerika boomt der Bergbau, angefeuert durch steigende Rohstoffpreise und Maschinen, die in immer schwerer zugängliche Regionen vordringen können, um dort Mineralien abzubauen. So auch in der Region Apurimac in den peruanischen Anden. Hier, in der Provinz Cotabambas, hat das chinesische Unternehmen MMG Ltd. elf Milliarden Dollar investiert, um in der Mine „Las Bambas“ das größte Kupfererzvorkommen Lateinamerikas abzubauen. Die Regionalpolitik begrüßt das Vorhaben, denn so soll Apurimac, ein Gebiet so groß wie Hessen, von einer der am wenigsten entwickelten Regionen Perus zum wirtschaftlichen Vorzeigemo-
dell werden.

Die Bevölkerung, meist indigene Bäuerinnen und Bauern, deren Ertrag gerade für das eigene Überleben reicht, befürworten das Bergbauprojekt zwar grundsätzlich. Doch zugleich fürchten sie die Verschmutzung von Böden, Wasser und Luft: Sie bangen um ihre Lebensgrundlage. Folglich führt Apurimac regelmäßig die monatliche Statistik der Sozial- und Umweltkonflikte an, die von der Ombudsstelle Defensoría del Pueblo geführt wird.

Menschen verlieren ihre Heimat und ihre Traditionen

So gravierend die Umweltproblematik ist, für die Menschen geht es um mehr. Denn die Mega-Projekte verändern das Leben der Andenbevölkerung radikal, vor allem durch Umsiedlungen. Ihre traditionelle Lebensweise und ihre Kultur stehen auf dem Spiel, ganz abgesehen von den Ortsveränderungen, mit denen sie sich arrangieren müssen. Am Ende eines Arbeitstages schildert mir ein älterer Bauer die Situation aus seiner Sicht. Er wurde in das Städtchen Nueva Fuerabamba umgesiedelt. Der Ort wurde in 4.000 Metern Höhe aus einem Berg geschlagen und ist mit einer meterhohen soliden Betonmauer umgeben: „Señor, das ist ein Gefängnis, ein

goldenes zwar, aber ein Gefängnis. Zu dieser Tageszeit würde ich normalerweise meine Tiere holen, damit sie die Nacht im Pferch verbringen. Aber jetzt gibt uns die Mine Geld, um jemanden zu bezahlen, der sich um sie kümmert. Wenn ich sie selbst sehen will, muss mein Sohn mich drei Stunden lang mit seinem Wagen zu ihnen fahren.“

Immer wieder konnten wir, der ZFD und die Defensoría del Pueblo, beobachten, wie das Leben der Bevölkerung in eine ganz neue Richtung gezwungen wird. Einige nutzen die neuen Möglichkeiten, andere passen sich an, viele suchen neue Lebensräume – und wieder andere versinken in Traurigkeit, Melancholie und Depression.

Zwei Gemeinden drohen mit blutigem Kampf

In etwa 20 Kilometer Entfernung zur Mine „Las Bambas“ schwelt seit 2015 ein Grenzkonflikt zwischen zwei quechuasprachigen Gemeinden: Cconccacca und Ccahuanhuire. Beide liegen im Einzugsbereich des Minenprojekts. Wir kennen die Dörfer bereits seit früheren Grenzstreitigkeiten mit Nachbargemeinden. Aber jetzt scheint die Lage wirklich ernst zu sein. Die Kontrahenten haben sich mit traditionellen Steinschleudern bewaffnet, die tödliche Verletzungen verursachen können. Und sie sind auf dem Weg zum Berg Samapunta, einer wüsten, wenige Quadratkilometer großen Hochebene. Dort gibt es nichts, außer wenigen Häuschen und ein paar eingezäunten Pferchen, um die Schafe vor Wildtieren und Dieben zu schützen, die sich nicht von den eisigen Nächten in 4.000 Metern Höhe abschrecken lassen – hier ist das Leben hart.

Während der achtstündigen Fahrt von Abancay auf einer Strecke mit gefühlten 3.000 Kurven, spekuliert unser kleines Konfliktteam der Defensoría del Pueblo über die möglichen Ursachen des Streits, ganz so wie wir es gelernt haben, um in einem Sozialkonflikt zu intervenieren: Akteure, Interessen, Bedürfnisse, historische Hintergründe, externe Faktoren ... Auch wenn es Grenzstreitigkeiten zwischen indigenen Bauerngemeinden seit Urzeiten gibt, erleben sie derzeit in Apurímac, insbesondere in der Provinz Cotabambas und im Umfeld von „Las Bambas“, einen ähnlichen Boom wie der Bergbau selbst - denn beide sind eng miteinander verknüpft.

So erhalten ehemals wenig genutzte Weideflächen durch die Nähe zur Mine nicht nur einen höheren, sondern einen grundsätzlich anderen Marktwert, eine neue Bedeutung, sobald sie unter Aspekten der Marktlogik bewertet und mit Bergbauunternehmen oder internationalen Konsortien gehandelt werden. Einfluss auf die Situation nehmen auch Rückkehrende; ehemalige Dorfbewohnende, die vor Jahrzehnten nach Lima und in andere Küstenstädte gingen und nun wieder in die Heimat kommen.



Die traditionelle Lebensweise ist bedroht. Durch den Bergbau werden ganze Dörfer umgesiedelt.



Landverkäufe an die Minenbetreiber versprechen einen Weg aus der Armut.

Die Ursache des Konflikts liegt im Dunkeln

Wir stellen uns viele Fragen: Warum kämpfen zwei Gemeinden um den Besitz eines nackten Felsens, der nur einen kleinen Teil ihres Gemeindeterritoriums darstellt, und riskieren dabei Menschenleben? Stellt der Berg Samapunta aus uns unbekanntem Grund einen Wert dar, der mit den Minenbetreibenden teuer verhandelt werden kann? Könnte es sein, dass das Unternehmen einen Konflikt zwischen den beiden Gemeinschaften sät, um Ccahuanhuire in Verhandlungen zu schwächen? Obwohl das eine häufig angewandte Strategie im Bergbau ist, scheint die Erklärung uns in diesem Fall nicht plausibel. Wir entwickeln verschiedene Theorien, aber keine ist überzeugend.

Nach unserer Ankunft in der unteren Gemeinde, Cconccacca, erfahren wir, dass die Spannung etwas nachgelassen hat. Beide Gemeinden sind offensichtlich an einem Dialog interessiert. Oben, in Ccahuanhuire, hat man bereits von unserem Gespräch in Cconccacca erfahren und erwartet uns. Das Wort führt Artemio, ein selbstbewusster Fünfzigjähriger mit ernstem Gesichtsausdruck, der aber unvermittelt in schallendes Gelächter ausbrechen kann. Auch wenn er keine formelle Führungsposition innehat, scheint er der starke Mann seiner Gemeinde zu sein. Auch in Verhandlungen mit den Minengesellschaften spielte er eine wichtige Rolle. In unserem Gespräch und vielen weiteren danach weicht er aus und bezieht nicht eindeutig Position. Doch das ist in diesem Moment unwichtig, denn wir wollen gerade weder den Konflikt umfassend verstehen, noch ihn lösen. Wir wollen einfach die Spannung mindern, um zu verhindern, dass durch ein falsches Wort oder einen geworfenen Stein die Wortführenden der Gemeinden die Kontrolle verlieren und es zu einem blutigen Kampf kommt, bei dem es Verletzte oder gar Tote zu beklagen gibt.



So harmonisch wie in folkloristischen Darstellungen ist das Leben in der Realität nicht.

Die Positionen sind festgefahren

Nach einigen weiteren Auf- und Abstiegen zwischen den Gemeinden einigen sich die Kontrahenten darauf, sich unten in Cconccacca unter der Gesprächsführung von Antonio, dem Lehrer und Vizegouverneur der Provinz, zu versammeln. Unser Team von der Defensoría del Pueblo soll als Beobachter teilnehmen. Wie immer bei diesen Gelegenheiten erinnert Antonio daran, dass beide Gemeinden Brüder und Schwestern sind und sich nicht durch die Intrigen der Minengesellschaften spalten lassen sollten. Obwohl einige jüngere Ortsvertreter ihm zustimmen und um Ausgleich bemüht sind, gibt es auf beiden Seiten Unnachgiebige, die den Berg jeweils für sich reklamieren und die Gegenseite bezichtigen, den Konflikt provoziert zu haben.

Zwei Dorfälteste aus Cconccacca, gekleidet in bunter traditioneller Tracht, hören den Argumenten mit gelassemem Gesichtsausdruck zu und ergreifen abschließend das Wort. Ich erwarte weise Worte, basierend auf den Erfahrungen eines langen Lebens in der Kultur der Anden, werde aber von ihren plötzlich hart werdenden Gesichtern und ihrem aggressiven Tonfall überrascht. Nach wenigen Minuten wird die Versammlung geschlossen: Samapunta gehöre historisch nach unten zu Cconccacca, so sei es im Landtitel vermerkt. Punkt. Da gebe es nichts weiter zu bereden. Es sei Aufgabe des Staates, dieses Recht durchzusetzen.

Verhandlungen an einem neutralen Ort

Obwohl wir zu keiner Einigung gelangen, scheint die Gefahr einer Konfrontation zunächst gebannt. Wir bieten beiden Parteien in getrennten Gesprächen unsere Unterstützung für eine friedliche Lösung an. Tatsächlich glauben wir nicht daran, dass sie uns aufsuchen werden und fragen uns, wie lange die Ruhe vor dem nächsten Sturm anhalten wird. Trotz stundenlanger Gespräche mit beiden Gemeinden und Teilnahme an den gemeinsamen Dialogversuchen bleiben uns die wahren Konfliktursachen bis zu unserer Abreise ein Rätsel.



Der ZFD und seine lokalen Partner wollen vermeiden, dass Konflikte eskalieren.

Wider Erwarten suchen uns beide Parteien zwei Wochen später im Abstand von wenigen Tagen auf und bitten um den Einsatz der Defensoría del Pueblo als Mediator in dem Dialog, den sie beginnen wollen. Nachdem der formelle Antrag von beiden Seiten unterschrieben und eingereicht ist, erklären wir unsere Rolle, nämlich Mediator und nicht Schiedsrichter zu sein. Wir legen Abancay als Ort des Dialogs fest, obwohl dies den Gewohnheiten der Andenbewohner widerspricht, die Konflikte direkt vor Ort und mit allen Gemeindemitgliedern zu lösen pflegen. Wir aber wollen die jeweils fünf Repräsentantinnen und Repräsentanten jeder Gemeinde der direkten Beobachtung und Einflussnahme ihrer Dörfer zu entziehen und so verhindern, dass ein paar verfehlte Worte geduldig aufgebaute Fortschritte in wenigen Sekunden zunichtemachen. Wir wählen ein kleines Tagungszentrum mit Grünflächen und genügend Platz, damit sich beide Delegationen in angenehmer Atmosphäre auch separat treffen können.

Der Mediator begleitet, entscheidet aber nicht

Nun stehen wir vor der entscheidenden Frage, wie wir methodisch vorgehen sollen. Ein Dilemma, weil wir weder Klarheit über die Ursachen des Konfliktes haben, noch uns vorstellen können, auf welcher Grundlage eine Einigung erzielt werden könnte. Ccahuanhuire bestreitet zwar, dass die Gemeinde Cconccacca rechtmäßige Eigentümerin von Samapunta ist, kann aber diese Behauptung nicht belegen. Zudem mussten wir schon häufig feststellen, dass es uns nicht gelingt, die Dynamik von Dialogen und Verhandlungen zwischen den Gemeinden zu verstehen.

Nach längerer Beratung entscheidet sich unser Team für eine Methode, die keiner von uns je ausprobiert hat: die „Transformative Mediation“. Dabei liegt die Verantwortung fast völlig bei den beteiligten Parteien. Der Mediator hält sich sehr zurück und trifft keine Entscheidungen. Er begleitet allerdings die Medianten und nutzt dabei drei Möglichkeiten der Intervention: Reflexion, Zusammenfassung und Checking-in, das bedeutet, er beschreibt neutral die Sachlage und fragt die Medianten, ob sie weiter über das jeweilige Thema sprechen möchten. Obwohl es bislang wenig Erfahrung mit dieser Methode im Bereich von Sozialkonflikten gibt, wollen wir dieses Experiment wagen.

Am festgelegten Tag erscheinen beide Delegationen, jeweils von einem Rechtsanwalt begleitet, pünktlich um acht Uhr morgens und geben bekannt, dass sie maximal bis drei Uhr nachmittags Zeit hätten, da sie noch am selben Tag in ihre Gemeinden zurückkehren möchten. Wir nehmen auf den im Dreieck angeordneten Stühlen Platz, die keine Hierarchie erkennen lassen, erklären unsere Rolle als Defensoría del Pueblo in dieser Konstellation und beschreiben das Ziel des Treffens: auszuloten, ob überhaupt Voraussetzungen für ein Abkommen vorhanden sind. Sollte dies der Fall sein, und können sich die Delegationen einigen, muss das getroffene Abkommen mit einer Zweidrittelmehrheit von den jeweiligen Gemeindeversammlungen gebilligt werden. Wir erklären auch, dass die Delegationen selbst die Spielregeln dieses Treffens festzulegen haben, beispielsweise ob Unterbrechungen eines Redners geduldet werden oder wann die Delegationen sich zu internen Beratungen zurückziehen können. Wir von der Defensoría wollen beide Seiten und den Prozess lediglich unterstützen, keinesfalls jedoch eine Richterfunktion einnehmen. Deshalb müssen sie uns auch nicht von der Richtigkeit ihrer Argumente überzeugen, sondern können sich ganz auf die Gegenseite konzentrieren.

Der Zwist ist aus Angst entstanden

Nach und nach gelingt es uns, den Dialog zwischen den Delegationen in Gang zu bringen. Immer häufiger wechseln sie von der spanischen Sprache ins Quechua. Auch wenn wir nicht alles verstehen, wird doch langsam klar, dass beide Seiten von einer gemeinsamen Angst beherrscht werden, nämlich durch die Minenprojekte ihren Lebensraum zu verlieren. Es stellt sich heraus, dass die offizielle Grenzlinie überhaupt nicht die Realität der Eigentumsverhältnisse widerspiegelt. Die ist sehr viel komplexer, denn durch Verkäufe, Erbschaften und Eheschließungen besitzen viele Familien Grundstücke und Häuser in beiden Gemeinden. Als Ende der 1980er Jahre Landtitel vergeben und Grenzlinien gezogen wurden, hat man sich auf eine vereinfachte Version der tatsächlichen Verhältnisse geeinigt, mit der Vorstellung, dass die Gemeinden alles Weitere irgendwie regeln.

Doch dieses System funktioniert nicht mehr, seit die Menschen um ihren Lebensraum bangen und die Minenbetreibenden ihnen ihr Land abkaufen wollen. Denn nur wer den Landtitel besitzt, darf ein Grundstück veräußern. Der karge Berg Samapunta wurde aus für uns nicht nachvollziehbaren Gründen zum symbolischen Zentrum des Konflikts, zum Ort, an dem sich Angst und Spannung konzentrieren.

Die Kontrahenten finden selbst eine Lösung

Nach mehreren internen Beratungen mit und ohne Anwälte sowie Gesprächen zwischen den Delegationen zeichnet sich schließlich eine Lösung ab: Durch ein Landtauschprogramm zwischen den Familien der beiden Gemeinden und eine Korrektur des Grenzverlaufs soll die Realität den offiziellen Karten mehr oder minder angepasst werden. Damit das Verfahren für alle nachvollziehbar wird, muss ein Inventar der Grundstücke



Auch in abgelegenen Regionen werden Bodenschätze ausgebeutet.

erstellt und ein Qualitätsindex erarbeitet werden. Den Delegationen erscheint die Vereinbarung klar genug, um sie in den Gemeindeversammlungen vorzustellen. Gemeinsam mit der Defensoría del Pueblo erstellen sie ein Protokoll, das keinen Zweifel an den Beschlüssen lässt.


Obwohl alle wissen, dass noch ein langer Weg vor uns liegt, macht sich am Ende des Tages ein optimistisches Gefühl breit. Niemand hatte diese kreative Lösung erwartet. In ähnlichen Situationen schlagen die Mediatoren häufig vor, die strittigen Gebiete in der Mitte zu teilen, doch das entspricht selten den Bedürfnissen der Beteiligten.

Diese Erfahrung zeigt uns, dass unparteiische Dritte selbst dann zur Entschärfung eines Konflikts beitragen können, wenn sie nicht einmal die Konfliktursachen begreifen. Die Methode der „Transformativen Mediation“ hat sich bewährt, denn eine Lösung, die die Betroffenen unter sich erarbeiten, verspricht vor allem eins: Nachhaltigkeit.



Jan van der Weijst studierte Ländliche Entwicklung und Regionalplanung. Er vermittelt hauptsächlich in Konflikten um natürliche Ressourcen und Umweltthemen. Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit sammelte er in Honduras, Ecuador, Bolivien und Peru. Für den ZFD unterstützte er die peruanische Ombudsstelle beim Ausgleich in Umweltkonflikten. Sein nächster Einsatz führt ihn nach Guatemala.

Praxistipps für ZFD-Programme



Eine gute Vorbereitung der ZFD-Fachkräfte auf die Bedingungen am Einsatzort verbessert die Zusammenarbeit mit den Partnern und damit die Erfolgsaussichten. Weitere Bedingungen für eine gute Kooperation haben die Mitarbeitenden der ZFD-Partnerorganisationen im Rahmen der Abschlussevaluierung des Peru-Programms zusammengefasst. Ihre Tipps sollen anderen ZFD-Programmen nutzen.

Auswahl der Partnerorganisationen

Nachhaltigkeit sichern: Ob ZFD und Partnerorganisation zusammenpassen, sollte ein Austausch über gegenseitige Erwartungen sowie Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit zeigen. Auf dieser Basis können Vereinbarungen getroffen werden. So ist auch sichergestellt, dass der lokale Partner Verantwortung für das Vorhaben über die Zeit der Zusammenarbeit hinaus übernimmt.

Weiterentwicklung: Partnerorganisationen sollten ein System für Planung, Monitoring und Evaluierung (PM&E) von Maßnahmen haben. Sie sollten auch daran interessiert sein, dieses System mit Unterstützung des ZFD weiter zu entwickeln.

Finanzielle Mittel: Die Partnerorganisation muss über eigene finanzielle Mittel verfügen. Fehlt eine ausreichende Finanzierung, können Vereinbarungen darüber getroffen werden, ob und in welchem Umfang die ZFD-Fachkraft das Fundraising der Partnerorganisation unterstützt. Mehr als zehn bis 15 Prozent ihrer Arbeitszeit sollte die ZFD-Fachkraft für das Fundraising nicht aufwenden.

Kooperation mit Partnerorganisationen

Ausreichend lange Laufzeiten: Es kann lange dauern, bis sich von Konflikten geprägte Gesellschaften verändern. Dieser Tatsache müssen Kooperationsvereinbarungen Rechnung tragen. Projektlaufzeiten zwischen zwei und vier Jahren mit der Option zur Verlängerung sollten vorgesehen sein.

Rollen klären: Die Rolle der internationalen und nationalen ZFD-Fachkräfte muss allen Beteiligten klar sein und in der Partnerorganisation bekannt gemacht werden.

Rechte und Pflichten vereinbaren: Zu Beginn der Kooperation müssen die Rechte und Pflichten aller Beteiligten transparent gemacht werden. Dazu gehören unter anderem finanzielle Rahmenbedingungen, Arbeitszeiten, Dienstreisegerichtlinien und Urlaubsregelungen.

Kohärenz schaffen: Wenn Partnerorganisationen auf verschiedenen Ebenen aktiv sind, zum Beispiel national, regional und lokal, sollten die Unterstützung des ZFD die verschiedenen Ebenen miteinander verknüpfen.

Fortschritte messen: Zu Beginn vereinbaren die Kooperationspartner, wie und in welchen Abständen die Fortschritte der gemeinsamen Arbeit analysiert werden. Diese Übereinkunft ist Teil der Kooperationsvereinbarung. Zwischenevaluierungen sollten in regelmäßigen Abständen stattfinden.

Zeitbudget planen: Bei der Planung der Kooperation muss geklärt werden, wie viel Zeit die lokalen Teams haben, damit Beratungen und Schulungen entsprechend geplant und umgesetzt werden können.

Wissen weitergeben: Von Anfang an sollte mit der Partnerorganisation eine Strategie zur Weitergabe des neu erworbenen Wissens über das Projektteam hinaus vereinbart werden.

Planung, Monitoring und Evaluierung: Eine speziell dafür zuständige Fachkraft auf Programmebene sollte sowohl das ZFD-Programm selbst als auch alle Partner im Bereich Planung, Monitoring und Evaluierung bedarfsorientiert unterstützen.

Transfer planen: Am Ende der Zusammenarbeit werden das Know-how und die gesammelten Erfahrungen aus dem Projekt systematisch zusammengefasst und der Partnerorganisation übergeben. Wie und in welchem Umfang der Transfer stattfindet, sollten die Partner schon zu Beginn der Kooperation planen.

Besonderheiten in der Zusammenarbeit mit staatlichen Partnern

Anpassung an Legislaturperioden: Beratungseinsätze bei lokalen oder regionalen Regierungen sollten den jeweiligen Legislaturperioden angepasst sein, um längere Zwangspausen vor Wahlen und während der Phase der Regierungsbildung zu vermeiden.

Brücken bauen: Bei staatlichen Einrichtungen ist stets damit zu rechnen, dass Politik und Personal wechseln. Trotzdem sind sie wichtige Partner, denn in der Zusammenarbeit mit ihnen kann der ZFD an der Vorbereitung politischer Entscheidungen mitwirken, Netzwerke aufbauen, die Legitimität der staatlichen Partner stärken und damit zur Nachhaltigkeit der Arbeit beitragen. Ein Ziel des ZFD ist es, Vertrauen zwischen Staat und Zivilgesellschaft zu schaffen. Die Voraussetzung hierfür ist, dass Arbeitsweise und Kontakte des ZFD transparent sind.

Überregionale Stellen einbeziehen: Bei der Zusammenarbeit mit lokalen Vertretungen staatlicher Partner müssen auch die übergeordneten nationalen Instanzen in Planungs-, Monitoring- und Evaluierungsprozesse sowie in die Berichterstattung einbezogen werden.

Besonderheiten in der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partnern

Netzwerke nutzen: Empfehlenswert ist die Zusammenarbeit mit Gruppen der Zivilgesellschaft, die gut vernetzt sind. So erreicht man Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die das Engagement für Frieden und Menschenrechte weitertragen.

Interne Unterstützung: Zivilgesellschaftlichen Partnern sollte der ZFD anbieten, sie auch intern zu unterstützen: bei der Weiterentwicklung ihrer Organisation, bei der internen Kommunikation und bei der Verbesserung der Arbeitseffizienz.

Zusammenarbeit der ZFD-Teams

An einem Strang ziehen: Ein gemeinsames Verständnis von der Arbeitsweise, den Zielen, den strategischen Ansätzen des ZFD-Landesprogramms sowie den geplanten Wirkungen ist grundlegend für die Zusammenarbeit im ZFD-Team und Teil der Steuerungsaufgabe der ZFD-Programmkoordination.

Lokale Kräfte unterstützen: Jede internationale ZFD-Fachkraft sollte ihren Einsatz als Ergänzung zur Arbeit der Partnerorganisation verstehen, denn deren lokales Know-how ist die Voraussetzung für den Erfolg der ZFD-Arbeit.

Management-Instrumente nutzen: Auch wenn die meisten ZFD-Fachkräfte keine Aufgaben im Bereich der Organisationsentwicklung haben, hat es sich bewährt, einfache Management-Tools zu entwickeln, die die Teams bei ihrer Arbeit und bei der Bearbeitung von Konfliktfällen unterstützen.

Konzentration: Es ist sinnvoll, die Arbeit thematisch und regional zu konzentrieren. So lassen sich Synergien schaffen und Ressourcen sparen.

Bericht erstatten: Genau wie die internationalen ZFD-Fachkräfte sollten auch die nationalen ZFD-Fachkräfte einmal jährlich über die Wirkung ihrer Arbeit berichten. Die Berichte sollten den Partnerorganisationen zur Verfügung gestellt werden.

Austausch: Unterstützen andere GIZ-Programme eine ZFD-Partnerorganisation, sollte ein regelmäßiger Austausch zwischen den Programmen stattfinden. So lassen sich Ressourcen effizient nutzen.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft:
Bonn and Eschborn

Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
T +49 228 44 60-0
F +49 228 44 17 66

E info@giz.de
I www.giz.de

Programm:
Ziviler Friedensdienst

Verantwortlich:
Romy Stanzel

**Koordination des ZFD-Landesprogrammes
der GIZ in Peru und Berichterstattung:**
Regina Paetow

Textbearbeitung und Redaktion:
Karin Vogelsberg

Design: kipppconcept GmbH, Bonn

Photonachweis: ZFD/GIZ

Die GIZ ist für den Inhalt
der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Bonn, April 2018

Gefördert durch



**Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**